

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

### **Entschließung**

#### **Für ein modernes, gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem – Datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung voranbringen**

**I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:**

Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung unabhängig von seiner Herkunft. Wir müssen unsere jungen Menschen so fördern, dass sie ihr volles individuelles Potenzial ausschöpfen können. Wir müssen sie befähigen, sich in einer komplexen Welt sicher zu orientieren, Sachverhalte zu verstehen, Lösungen zu entwickeln und auf die eigenen Stärken zu vertrauen, um so zu selbstbewussten, selbstständigen, verantwortungsbewussten, leistungsbereiten und resilienten Bürgerinnen und Bürgern heranzuwachsen, die unsere Demokratie stärken und unseren Wohlstand sichern.

Wissenschaftliche Bildungs- und Jugendstudien zeigen, dass dies in Deutschland aktuell nicht ausreichend gelingt. Wachsende Chancenungleichheit, zunehmende psychische Belastungen junger Menschen stellen uns vor große pädagogische und politische Herausforderungen. Bildungspolitik muss dabei die aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigen. Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen ebenso wie die Schulaufsicht benötigen das Rüstzeug, damit sie in ihrer jeweiligen Rolle ihre Arbeit im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung bestmöglich machen können. Eine datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung setzt genau hier an: Sie erleichtert Lehrkräften die individuelle Förderung von Kindern. Schulleitungen können die gewonnenen Daten für den passgenauen Einsatz von Lehrkräften nutzen oder systematisch Feedback von Eltern und Schler\*innen erfassen. Zuletzt erhält die Schulaufsicht umfangreiche Informationen, um das Schulsystem zu verbessern und Schulen passgenau zu unterstützen.

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren mit der Schulentwicklungsinitiative „Schule der Zukunft“ wichtige Schritte getan, um das Schulsystem im Hinblick auf eine neue Lern- und Prüfungskultur, die den individuellen Lernprozess des Kindes in den Mittelpunkt stellt und diesbezügliche datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung nutzt, voranzubringen. Auch auf Bundesebene bringt sich das Land maßgeblich für eine ziel- und ergebnisgeleitete, datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung ein, wie beispielsweise beim Startchancen-Programm. Die Schulen in Rheinland-Pfalz können zudem bereits eine Reihe datengesttzter Unterrichtsprogramme, wie beispielsweise „bettermarks“, nutzen, die den individuellen Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler erfassen und eine daran anknüpfende, passgenaue Förderung unterstützen. Diesen Weg soll das Land noch konsequenter verfolgen, um Chancengleichheit zu gewähren, die Bildungsqualität weiter zu verbessern, jedes Kind systematisch und individuell zu fördern und die Leistungsfähigkeit des gesamten Bildungssystems mit einer anknüpfenden datengestützten Schulentwicklung nachhaltig zu verbessern.

## II. Der Landtag begrüßt,

- dass Rheinland-Pfalz sich mit der Initiative „Schule der Zukunft“ als eines der ersten Bundesländer deutschlandweit auf den Weg gemacht hat, Schul- und Unterrichtsentwicklung in einem partizipativen Prozess zu modernisieren;
- dass die Landesregierung sich im bundesweiten Diskurs unter Beteiligung von Praxis und Wissenschaft maßgeblich einbringt, um eine zielgeleitete, datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung voranzubringen;
- dass das Land seinen Schulen bereits eine Reihe von individuellen datengestützten Diagnose- und Förderprogrammen zur Verfügung stellt, die es Lehrkräften ermöglichen, auf Grundlage der Ergebnisse Unterrichtsinhalte besser zu planen und individuelle Fördermaßnahmen zu bestimmen, wie bspw. bettermarks, Mathe sicher können, Lesen macht stark und Mathe macht stark;
- dass an rheinland-pfälzischen Schulen Lernstandsuntersuchungen wie VERA und KERMIT zur datengestützten Lernausgangslagen- und Lernentwicklungsdiagnostik bereits etabliert wurden;
- dass die Landesregierung bereits mit der Fortbildung der Schulaufsicht hinsichtlich der Beratung im Transformationsprozess begonnen hat;
- dass die Landesregierung maßgeblich an der Erarbeitung des größten Bildungsprogramms in der Geschichte der Bundesrepublik, dem Startchancen-Programm, beteiligt war, das eine datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt, um den Zusammenhang von Bildungserfolg und Herkunft zu entkoppeln;
- dass die Landesregierung mit der Abschaffung unangekündigter Hausaufgabenüberprüfungen zum Schuljahr 2025/2026 einen ganz konkreten Schritt in Richtung einer neuen Lern- und Prüfungskultur gegangen ist, die Forschung und Studien entspricht, um Leistung zu ermöglichen und Lernen zu fördern;
- die fortlaufenden Investitionen in die digitale Bildung sowie in die digitale Infrastruktur von Schulen, damit Unterricht noch moderner und datengestützter gestaltet werden kann.

## III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung konsequent voranzutreiben und sich dabei auch an weltweit führende Bildungssystemen wie zum Beispiel dem kanadischen zu orientieren;
- ein kohärentes Konzept zur datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung zu erarbeiten, das alle Ebenen im Schulsystem mitberücksichtigt;
- die gewonnenen Daten über die Performanz der Schulen und des Schulsystems transparent verfügbar zu machen;
- bestehende rechtliche Vorgaben im Schulgesetz und den Schulordnungen bezüglich der Erfordernisse einer datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung und neuer Lern- und Prüfungsformate zu überprüfen;
- zu prüfen, wie auch Zeugnisse vor dem Hintergrund einer stärker datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung und einer einhergehenden neuen Lern- und Prüfungskultur angepasst werden sollten, um Leistungen bei fächerübergreifenden Kompetenzen angemessen abzubilden;
- eine neue Lehr- und Lernkultur schrittweise zu implementieren und zu fördern, die auf individuelle Förderung, Bildungsgerechtigkeit und Feedbackkultur setzt;
- bei der Weiterentwicklung von Lern- und Prüfungsformaten sowie der Leistungsbeurteilungen die Feedbackkultur zu stärken und die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schüler\*innen bei der Wahl der Lern- und Prüfungsformate stärker in den Blick zu nehmen;

- im Veränderungsprozess hin zu einer stärker datengeleiteten Schul- und Unterrichtsentwicklung Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulaufsicht eng zu begleiten und zu unterstützen;
- sicherzustellen, dass Schulleitungen hinreichend qualifiziert werden, um auf Grundlage der erhobenen Daten zielorientiert Schulentwicklung vorantreiben zu können;
- die beratende und unterstützende Rolle der Schulaufsicht für die Schulen weiterzuentwickeln und die Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten entsprechend fortzubilden;
- in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung den Erwerb der für eine datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung erforderlichen Datenkompetenz fest zu verankern;
- zu prüfen, wie bei der Weiterentwicklung der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung Erkenntnisse auch für das Fortbildungsangebot der Lehrkräfte genutzt werden können;
- dafür Sorge zu tragen, dass der Ausbau einer datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung eine entsprechende digitale und technische Infrastruktur erfordert, um mit Daten professionell umgehen zu können;
- im ersten Schritt auf die Einführung einer zwischen den Ländern kompatiblen, datenschutzkonformen Schüler-ID hinzuwirken, um die Übergänge im Bildungssystem zu erleichtern und Förderung besser miteinander zu verzahnen, um so perspektivisch auch die Zahl der Schulabgänger\*innen ohne Abschluss und der Klassenwiederholungen zu minimieren;
- die Maßnahmen aus „Schule der Zukunft“ stetig zu evaluieren und auf Übertragbarkeit in die Fläche zu prüfen;
- beim Vorantreiben einer datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung auch die Lehrpläne mitzudenken und wo angezeigt zu entschlacken, so dass Lehrkräfte praxisnahen und exemplarischen Unterricht durchführen können und auch die Kapazität haben, um datengestützt individuell zu fördern;
- dass beim Vorantreiben einer neuen Lern- und Prüfungskultur auch Hausaufgaben mitbetrachtet werden und beispielsweise Unterrichtsinhalte nicht auf Hausaufgaben ausgelagert werden sollten;
- bei der Ausgestaltung der Mainzer Studienstufe entsprechend der aktuellen KMK-Empfehlung „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“ auch gleichwertige Klausurersatzleistungen in Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass unter Achtung der jeweiligen Zuständigkeiten gemeinsam relevante und messbare Bildungsziele vereinbart und eine datengestützte Schulentwicklung vorangetrieben werden.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Martin Haller

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion  
der FDP:  
Marco Weber